



SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFT
IN KENIA

NAIROBI, den 6. Dezember 1972

P.O. Box 20008 (CARGEN HOUSE)
Tel. 28735

Ref. 381.0.- Pi/do

P.B. Nr. 20

on					
Datum				B - 3. JAN. 73	
Visa					
EPD				B - 3. JAN. 73	
Ref. p.A. 21.31. <i>Nairobi</i>					

Vom Rassismus der
Anti-Rassisten

An den Vorsteher des
Eidg. Politischen Departementes

3003 B e r n

In ihren Bestrebungen um die Befreiung der diskriminierten schwarzen Bevölkerung in Südafrika, in Rhodesien und in den portugiesischen Kolonien beschuldigen die afrikanischen Regierungen die weissen Regierungen in jenen Ländern des Rassismus. Sie gelten insofern als Anti-Rassisten und sehen sich insbesondere selber als solche. Dieses Image ist nun aber u.a. durch die Ausweisung der Asiaten aus Uganda getrübt worden. Auch in der Schweiz will man im Verhalten der ugandischen Regierung den Beweis sehen, dass die Schwarzen genau so wenn nicht noch schlimmere Rassisten seien als die Weissen im südlichen Afrika. Ja, die Ereignisse in Uganda erscheinen manchen geradezu als Rechtfertigung für die Politik der weissen Regierungen im südlichen Afrika ("da sieht man, wie es kommt"). In höhnischen Tönen wird über General Amin geschrieben und geredet, und zwar nicht nur von einfachen Leuten, hörte ich doch selbst von einem ehemaligen Bundesrat die Bemerkung: "den Amin sollte man abschiessen". Ich frage mich nach den Gründen für das intensive negative Interesse, ja eine Art Leidenschaft und Hass, die dieser Militärdiktator, der an sich kaum eine solche Beachtung verdient, bei vielen Schweizern erweckt hat. Ist es aus Mitleid mit den armen ausgewiesenen Asiaten? Ich möchte dies bezweifeln, ganz abgesehen davon, dass gar nicht etwa alle von ihnen zu bemitleiden sind; viele waren sogar froh, nach dem Westen auswandern zu können, was sie schon seit längerem wollten, aber wegen der Zurückhaltung in der Einwanderungspolitik der betreffenden Länder nicht tun konnten. Ich möchte eher annehmen,

dass die Neigung, in den Afrikanern eine minderwertige Rasse zu sehen, in diesem als "verrückt" bezeichneten afrikanischen Führer eine willkommene Bestätigung findet.

Für die Beurteilung der Bedeutung dessen, was in Uganda geschah und weiterhin geschieht, muss man prüfen, ob Uganda ein Sonderfall ist oder ob die dortigen Ereignisse sich in anderen Teilen Afrikas wiederholen könnten. Denn, handelte es sich nur um einen Ausnahmefall, würde es sich kaum lohnen, ihm allzu grosse Aufmerksamkeit zu schenken.

Wir haben es in Uganda mit einem Regime zu tun, das, von der Armee auf die Beine gestellt, ebenso schnell von dieser wieder gestürzt werden kann. Als General Amin an die Macht kam, hatte er nur eine schmale politische Basis. Er musste deshalb alles daran setzen, Freunde zu gewinnen, populär zu werden. Während die Armee immer undisziplinierter wird, die Verwaltung immer unkohärenter arbeitet, erfindet der Präsident immer neue äussere und innere Feinde, gegen die er sein Volk zum Kampf aufruft. Durch spektakuläres Reden und Handeln hält er seine Leute in Atem, gleichsam auf einer ständigen Flucht nach vorne. Dabei muss man ihm lassen, dass dies - so simpel sein Geist ist und so wenig er die Konsequenzen seines Tuns überblickt - weitgehend den schlummernden Erwartungen seines Volkes entspricht. Er sucht Publizität und Popularität gleichsam um jeden Preis. Seine Freimütigkeit und eine gewisse menschliche Wärme, sowie sein Mangel an intellektuellen Bedenken, kommen ihm dabei zugute.

Sind somit die Verhältnisse in Uganda wegen der schillernden Persönlichkeit des Generals und der Prekarität seines Regimes mit jenen in anderen ostafrikanischen Staaten nicht zu vergleichen, so sind die Probleme, welche die ugandische Regierung mit ihren massiven Methoden zu lösen versucht, in anderen Ländern wie etwa Kenia weitgehend die gleichen: Auch in Kenia ist es ein leichtes, gegen die Fremden und hauptsächlich gegen die Asiaten zu hetzen. Sie sind daran schuld, wenn der soziale Aufstieg der schwarzen Massen sich nicht schneller vollzieht. Sie klammern sich an ihre lukrativen Posten und lassen keine

Schwarzen zu. Das Land ist nicht wirklich unabhängig, solange die bösen Fremden da sind, die es einzig auf Ausbeutung abgesehen haben. Die Massnahmen Amins sind deshalb auch in Kenia recht populär und die hiesige Regierung muss dem Rechnung tragen, nicht nur dadurch, dass sie Uganda nicht kritisiert - das würde ohnehin ihrer Nichteinmischungspolitik widersprechen -, sondern auch dadurch, dass sie, um in den Augen des Volkes nicht schlechter dazustehen als die Nachbarregierung, die Schrauben gegenüber den Ausländern anzieht. Die Methoden sind anders, das Ziel ist dasselbe: Asiaten wie Europäer haben über kurz oder lang aus dem Wirtschaftsprozess zu verschwinden.

So wirken sich die Ereignisse in Uganda auch auf Kenia aus. Die Stimmung unter den hier lebenden Asiaten ist schlecht und auch Europäer, die bis vor kurzem noch entschlossen waren, hier zu bleiben und sich eben anzupassen, beginnen, ihre Abreise in die Wege zu leiten.

Ist das Rassismus? Die Afrikaner behaupten nein. An einem Seminar über Rassenbeziehungen erklärte der kenianische Aussenminister Mungai am 25. November, Kenia sei gegen jede Form von Rassismus. Das bedeute gleiche Möglichkeiten für alle Rassen. Diese seien indessen heute nicht gegeben, indem Europäer und Asiaten von früher her über eine privilegierte Stellung verfügen. Einen Armen und einen Reichen gleich zu behandeln bedeute, dass der Arme arm und der Reiche reich bleibt, weil der Reiche dem Armen nicht von sich aus seinen Platz abtritt. Die Massnahmen, welche den Anschein von Rassendiskriminierung gegen Asiaten und Europäer hätten, seien Massnahmen zur Förderung der schwächeren schwarzen Mehrheit, um ihr zu ermöglichen, in die Stellung der privilegierten nichtschwarzen Minderheit zu treten. Mungai vertritt folgende Thesen:

1. Kenia könne sich keine Minderheiten leisten, die sich Kenianer nennen, sich aber vom Leben der Nation fernhalten. Die Minderheit müsse sich voll und ganz mit den Aspirationen der Mehrheit identifizieren.

2. Ausländer müssen bereit sein, ihre Stellung qualifizierten Schwarzen ohne Bitterkeit ("with good grace") abzutreten.
3. Man könne von den Schwarzen nicht erwarten, dass sie es zulassen, von den Geschäften ausgeschlossen zu werden und das Land seiner Devisen beraubt zu sehen.
4. Keniabürger, ohne Rücksicht auf Hautfarbe und Religion, werden unter der Verfassung gleich behandelt. Der Beitrag der verschiedenen Rassen zum Aufbau der Nation wird anerkannt.
5. Die Regierung will eine kenianische nationale Identität schaffen, unter Beibehaltung der nationalen Charakteristiken der verschiedenen Gemeinschaften.
6. Das Ziel der Regierung ist eine beispielhafte multirassische Gemeinschaft.

So beruhigend die Thesen 4 - 6 klingen mögen, so beunruhigend sind die Thesen 1 - 3. Die ersteren sind Fassade und Beruhigung des eigenen Gewissens, die letzteren sind die harte Realität. Insbesondere den Ausländern wird konstant zugesetzt. Der Unterschied zu Uganda besteht lediglich darin, dass dieser Prozess nicht abrupt, sondern stufenweise erfolgt. Er wird sich je nach politischer und wirtschaftlicher Opportunität rascher oder langsamer vollziehen. Den Kenianern asiatischer oder weisser Rasse geht es kaum besser. Man erklärt nach Lust und Laune, sie hätten die kenianische Staatsbürgerschaft nur angenommen, um nicht unter die Massnahmen gegen Ausländer zu fallen, jedoch nicht, weil sie wirklich Kenianer sein wollen. Man wird jederzeit behaupten können, dass sie sich nicht integrieren und sich nicht mit den Aspirationen der Mehrheit identifizieren. Das Gegenteil ist schwer zu beweisen und einen objektiven Richter gibt es nicht.

Richtig ist, dass dabei nicht nur und nicht einmal in erster Linie Rassismus im Spiele ist, obwohl gesagt werden muss, dass natürlich überall latent vorhandener Rassismus geweckt werden und die Situation verschärfen kann. Neid gegenüber den besser situierten Andersrassigen und das Gefühl, ausgebeutet

zu werden, spielen eine mindestens ebenso grosse Rolle. Der rechtlichen Unabhängigkeit soll die wirtschaftliche folgen, und diese ist in den Augen vieler erst dann erreicht, wenn alle Spuren des Kolonialismus ausgetilgt sind. Zu diesen Spuren gehört, dass die Asiaten und die Weissen noch immer da sind oder wieder da sind und Geschäfte machen wie einst.

Das Ziel einer multirassischen Gemeinschaft ist nicht nur in Uganda, sondern auch in Kenia in weite Fernen gerückt.

DER SCHWEIZERISCHE BOTSCHAFTER:

R. F. ...

Zusammenfassung des P.B. Nr. 20
vom 6. Dezember 1972 aus Nairobi

Vom Rassismus der Anti-Rassisten

Die Ausweisung der Asiaten aus Uganda hat die Glaubwürdigkeit der Afrikaner als Anti-Rassisten beeinträchtigt. Es stellt sich die Frage, ob Uganda ein Sonderfall ist. Das kann wohl hinsichtlich der angewandten Methoden bejaht werden, nicht aber hinsichtlich der allgemeinen Haltung, welche z.B. auch Kenia gegenüber den Asiaten und Europäern einnimmt. Diese sollen, angefangen mit den Ausländern, systematisch aus ihren Stellungen verdrängt werden. Gründe der politischen und wirtschaftlichen Opportunität entscheiden darüber, wie schnell sich dieser Prozess abwickeln wird. Die Regierungen von Uganda und Kenia sehen in diesen Massnahmen keine Rassendiskrimination. Vielmehr geht es ihnen darum, der afrikanischen Mehrheit zu ermöglichen, in die Stellungen einer wirtschaftlich privilegierten Minderheit vorzudringen. Rassistische Untertöne spielen indessen gleichwohl mit. Jedenfalls ist Ostafrika weit davon entfernt, das Muster einer multirassischen Gesellschaft zu sein.

R. Pestaluzzi